

Kuchi-Gschwätz



Mein Chef steckt mitten in den Fasnachtsvorbereitungen – und macht uns alle ganz «duubedänzig». Nicht nur, dass wir die Gaststube fasnächtlich dekorieren müssen, nun möchte er auch noch ein Experiment wagen: Ausschliesslich traditionelle Fasnachts-spezialitäten – also Zwiebel- und Käsewähe, Basler Mehlsuppe, Fastenwähen und Fasnachtskiechli kommen auf die Karte. Dafür möchte er dieses Jahr alles selber backen und die Mehlsuppe nach dem Basler Originalrezept zubereiten. Ihm geht es schon länger gegen den Strich, dass an der Fasnacht von Pizza über Kebab bis hin zu Thai Curry alles in der Innenstadt angeboten werden darf. Jeder baut irgendwo irgendeinen Stand auf. Gerade jetzt, wo unsere Fasnacht in das Weltkulturerbe aufgenommen wurde, dürfe man – auch kulinarisch – wieder zu den Wurzeln zurückkehren, meint er.

Ich weiss nicht so recht, was ich davon halten soll, mindestens ein Wurstsalat oder ein Schnitzel müsste auf der Karte sein, sonst werden wir noch als Vegi-Beiz abgestempelt. Apropos Schnitzel und Wurstsalat: Weder das eine noch das andere wird momentan im Restaurant Wacker in Reinach angeboten. Nur einige Wochen nach der Übernahme durch **Markus Höhener** ist der Betrieb erneut «bis auf Weiteres geschlossen». Auch der Swisscom-Shop in der Freien Strasse wird die Schotten dicht machen, um sie etwas weiter vorne am Marktplatz im früheren Companys-Laden wieder zu öffnen. Geplant ist, ein Café in den Kundenshop zu integrieren, das von der Zürcher SV Group betrieben wird.

Diese Neuigkeit wird meinem Chef das Letzte geben, schliesslich reagiert er auf Zürcher genauso allergisch wie auf Kebab- und Asia-Stände an der Basler Fasnacht. Bis bald, euer Max.

Küchengehilfe Max erfährt zwischen Spülen und Rübli-Rüsten immer die neuesten Gerüchte über die Basler Beizen-Szene, die er in loser Folge exklusiv in der BaZ preisgibt.

Rüffel vom Kantonslabor

Zu viele Mängel bei den Gefahrgut-Transporteuren

**Basel.** Das Kantonslabor hat bei Gefahrgut-Transporteuren Mängel bei 60 Prozent der 15 kontrollierten Betriebe beanstandet. Von den 20 einzelnen Beanstandungen betrafen elf bedeutende Mängel mit unmittelbarer Gefährdung, wie das Labor mitteilte. Das Labor hat diese Zahlen in seiner Jahresbilanz der Vollzugstätigkeiten im Bereich des Gefahrgutrechts 2017 zusammengefasst. Es stellt eine gegenüber dem Vorjahr um drei Prozentpunkte verbesserte Beanstandungsquote fest; mit 60 Prozent sei diese jedoch «noch immer als zu hoch zu beurteilen».

Die elf Mängel der Kategorie 1 sind «möglichst schnell zu beheben», da sie «eine unmittelbare Gefährdung der Gesundheit oder der Umwelt darstellen können». Dabei wurden Korrekturmassnahmen verfügt und wurde für den Kontrollaufwand eine Gebühr erhoben.

Die Kategorie-1-Beanstandungen betrafen unter anderem Verstösse gegen die Gefahrgut-Strassentransportverordnung (SDR), die Überwachung der Vorschriften, Personalausbildung oder fehlende Jahresberichte. Die neun Kategorie-2-Beanstandungen haben hingegen für die gerüffelten Betriebe keine finanziellen Folgen. SDA

«Wir wurden vom Kanton über den Tisch gezogen»

Pächter der bleiverseuchten Freizeitgärten kommen nicht zur Ruhe

Von Dina Sambar

**Basel.** Emanuel Trueb, Leiter der Stadtgärtnerei Basel, hat keine einfache Aufgabe. Seit Jahren muss er den Pächtern der Freizeitgärten Dreispitz schlechte Nachrichten überbringen. Im März steht ihm schon wieder ein schwerer Gang zu den Schrebergärtnern vom Dreispitz bevor. Er wird ihnen mitteilen müssen, dass die Galgenfrist, bis sie ihre Gärten verlassen müssen, für einige Pächter um vier Jahre kürzer sein wird als bisher kommuniziert. «Manche Dinge werden erst im Laufe der Planung konkret. Doch einige Pächter verstehen jede Veränderung als Vertrauensbruch», sagt Trueb.

Mit dieser Aussage trifft Trueb den Nagel auf den Kopf. Rudolf Krieg, Präsident des Freizeitgärtner-Vereins Dreispitz, der die Nachricht von Trueb bereits vernommen hat, fühlt sich hintergangen. «Wir wurden wieder einmal über den Tisch gezogen», sagt Krieg.

Bleiverseuchter Boden

Die Kaskade der Schreckensnachrichten begann für den Freizeitgärtner-Verein Dreispitz vor zehn Jahren mit der Ankündigung, dass ihre Schrebergärten einer Überbauung weichen müssen. Der Verein wehrte sich mit allen erdenklichen Mitteln – erfolglos. Was blieb, war die Gnadenfrist bis Ende 2020 und für einen Viertel der Gärten bis 2025. Letztes Jahr kam der nächste Schlag. Messungen hatten ergeben, dass der Boden mit Blei und anderen Schadstoffen verseucht ist. Die Hobbygärtner wurden angehalten, ihr Gemüse

nicht mehr zu essen und Kinder nicht auf dem Boden spielen zu lassen, um den Kontakt mit der Erde zu vermeiden. Zwar wurde das Essverbot nach einigen Wochen wieder aufgehoben, viele Pächter hatten ihr Gemüse jedoch bereits weggeworfen.

Glück im Unglück

In den letzten Wochen schien es, dass die Pächter doch noch ein ganz klein wenig Glück im Unglück haben. Aufgrund des belasteten Bodens wird ihnen von nun an der Pachtzins erlassen. Zudem ist der Landbesitzer, Immobilien Basel-Stadt, laut Trueb bereit, den Pächtern eine zusätzliche, sonst nicht übliche Entschädigung für ihr Ungemach zu bezahlen. Diese Entschädigung wurde den Pächtern zwar schon im Jahr 2011 versprochen, allerdings war die Höhe der Summe bisher unklar. Nun heisst es, dass der Betrag wahrscheinlich den Vorstellungen des Freizeitgärtner-Vereinsvorsitzenden entsprechen. Dieser hatte im Vorfeld 2000 Franken pro Pächter gefordert.

Doch nun kommt die nächste Hiobsbotschaft: War zunächst noch von 25 Gärten die Rede, die bis 2025 bestehen bleiben, wird Trueb den Pächtern bei ihrer GV im März mitteilen müssen, dass es nur rund die Hälfte sind. «Leider haben wir etwas ungenau kommuniziert. Es wurde immer von den Gärten entlang der Mauer gesprochen. Dabei war stets die zum denkmalgeschützten Wolfgottesacker gehörende Friedhofsmauer und nicht auch noch die anschliessende Mauer des Werkhofs, die möglicherweise abge-

brochen wird, gemeint», sagt Trueb. Eigentlich spielt aber auch das keine grosse Rolle mehr. Denn selbst jene Pächter, die theoretisch noch bis 2025 bleiben könnten, werden wohl Ende 2020 ihre Segel streichen. «Ihre Gärten werden direkt neben einer Grossbaustelle sein. Lastwagen, Lärm, Staub, Dreck – ich gehe davon aus, dass Gärtnern unter diesen Umständen sehr umständlich wird und wenig Freude macht», sagt Trueb.

Familiengärtner verärgert

Rudolf Krieg ist sich sicher, dass die Behörden schon 2011 wussten, dass Gärtnern ab 2021 für alle nicht mehr wirklich möglich sein wird. «Nicht mal der Zugang zu den verbleibenden Gärten wollen sie gewährleisten», ärgert sich der Vereinspräsident und fügt an: «Wir werden 2021 alle räumen müssen, das bringt ja nichts.» Auch die angekündigte Entschädigung hebt seine Stimmung nicht: «Diese Wiedergutmachung war 2011 Teil der Vereinbarung, damit wir unsere Initiative zurückziehen. Und nun mussten wir sogar dafür noch kämpfen. Das ist doch das Mindeste.»

Rund zehn Pächter haben ihre Gärten, laut Trueb, schon abgegeben. Diese werden nun zurückgebaut, und es wird Blumenrasen angesät. Auf einigen wurden bereits Tiefenbohrungen durchgeführt, um ein genaueres Bild der darunterliegenden Deponie zu erhalten. Ab 2021 soll diese dann saniert werden. Wie die neue Wohnüberbauung schlussendlich aussehen wird, ist noch offen. Zurzeit werden drei Varianten vertieft geprüft.



Neben einer Grossbaustelle. 2020 wird wohl der letzte Familiengärtner den Dreispitz verlassen haben. Foto Christian Merz

Burckhardt stimmt Ja zu No Billag

An der LDP-Versammlung schwamm der langjährige Politiker gegen den Strom

Von Franziska Laur

**Basel.** Im altehrwürdigen Zunftsaal des Restaurants Schlüssel hielt die LDP am Mittwochabend ihre Parteiversammlung ab. Zunächst waren sich die Anwesenden weitgehend einig. Die kantonale Initiative betreffend «Nachhaltige und faire Ernährung», über die das Basler Stimmvolk am 4. März abstimmen muss, sei aus seiner Sicht eine Bevormundung und nicht nachhaltig, sagte Raoul Furlano, Grossrat und von Beruf Arzt. Nach seinem Referat beschlossen die Anwesenden einstimmig die Nein-Parole.

Zu reden gab auch eine Eidgenössische Vorlage, und zwar die Initiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren. Laetitia Block von der Jungen SVP plädierte für ein Ja. Sie argumentierte, dass man keine Zwangssteuern brauche, sondern frei sein solle zu entscheiden, ob man 451 Franken Billag-Gebühr zahlen wolle oder nicht. Ausserdem würden

Unternehmer doppelt belastet. LDP-Fraktionspräsident Michael Koechlin, ehemaliger Mitarbeiter der SRG, zeichnete jedoch ein düsteres Bild, falls die Initiative angenommen würde. Information sei kein gewöhnliches Konsumgut und Qualität in diesem Bereich bedeute auch Bildung für die breite Bevölkerungsschicht.

«Gebühr ist eine Steuer»

Ein Votant stellte die Frage, weshalb kein Gegenvorschlag ausgearbeitet worden sei: «Eine Alternative mit 200 Franken Gebühr hätte ich unterstützt.» Ausserdem stand Polit-Doyen Andreas Burckhardt auf und sagte, er sei nicht mehr bereit, Steuern durchzuwinken, und diese Gebühr sei eine Steuer. Ausserdem sei er es müde, die Drohgebärden und die düsteren Szenarien der Gegner der Initiative anzuhören. Es sei masslos übertrieben, wenn behauptet werde, eine Annahme der Initiative bedeute das Ende der Demokratie. «Ich

sage Ja zu No Billag.» Zum Schluss stimmte die überwiegende Mehrheit (46:9) trotzdem gegen eine Annahme der Initiative. Ebenfalls zu reden gab die Ruhegehalts-Initiative. Sie will, dass Regierungsräte nach ihrem Rücktritt oder einer Abwahl nicht mehr bis zu zehn Jahre lang ein Ruhegehalt von bis zu 1,7 Millionen beziehen können. Grossrat Oliver Battaglia plädierte dafür, diese Initiative abzulehnen. Die Regierungsräte würden jünger und dies sei eine positive Entwicklung. Ausserdem liege Basel mit dieser Ruhegehalts-Regelung im Schweizer Durchschnitt.

Einige LDPler jedoch stemmten sich gegen ein Nein. Er arbeite bei den BVB und wenn er daran denke, dass Hans-Peter Wessels von dieser Regelung profitiere, so mache ihm das keine Freude, sagte ein Votant. Er kenne auch keinen Regierungsrat, der Probleme gehabt habe, wieder eine Stelle zu finden. Trotzdem wurde schliesslich mit 54:2 Stimmen die Nein-Parole gefasst.

Moment mal

Eva Herzog im Minus

Von Michael Bahnerth

Wie sehr Eva Herzog und mit ihr die SP Basel ein saturierter Haufen geworden sind, der nur noch für den eigenen Vorteil eintritt und seine Ideologie der Macht und ihrer Privilegien unterwirft, zeigt auch die Haltung Herzogs und der SP in der Frage der Ruhegehälter für Regierungsräte. Der Punkt ist, dass sie die Ruhegehälter nicht, wie eine Initiative der Grünliberalen das will, von zehn auf drei Jahre kürzen wollen. Der Punkt ist, dass Herzog und die SP die Ruhegehälter, die den Steuerzahler dereinst Millionen kosten werden, für gerecht und gerechtfertigt halten. Das SP der SP Basel steht nur noch für «Soziale Peinlichkeiten».

Die Finanzdirektorin ist eine der glühendsten Verfechterinnen des staatlichen Honigtöpfes für ausrangierte Regierungsräte, weil «gerade SP-Regierungsräte nicht unbedingt auf die Füsse fallen wie die bürgerlichen Amtsinhaber, die viel schneller einen Job finden». Falls diese Aussage der potenziellen Unvermittelbarkeit von ehemaligen sozialdemokratischen Regierungsräten zutrifft, sollte man sich innerhalb der SP vielleicht mal fragen, weshalb das so ist. Wahrscheinlich bekäme man zu hören, das sei so, weil linke Amtsinhaber eine soziale Politik verfolgten und den Menschen vor die Moneten stellten, was in der Privatwirtschaft halt nicht so gut ankomme und so weiter. Und das stimmt ja, sie stellen die Menschen vor die Moneten; wenigstens ihre eigenen.

Dass die SP die Partei für soziale Gerechtigkeit ist, ist dennoch seit Anfang Woche, als Herzog und die SP für die Fortführungen von fetten Apagnen von Altpolitikern votierten, passé und nur noch sinnentleertes Geschwätz von Politikern, die nicht mal mehr fähig sind, den Verrat an den eigenen Idealen zu bemerken.

Und eine Finanzdirektorin, die so etwas unterstützt, ist keine gute Finanzdirektorin. Auch wenn sie vielleicht bloss versucht, Menschen, die jahrelang 300 000 Franken im Jahr verdient haben, vor Härtefällen zu bewahren und einem möglichen Abgleiten in Armut und Sozialhilfe. Was ja tatsächlich passieren könnte, wenn man davon ausgeht, dass wahrscheinlich niemand in dieser Stadt ausgediente SP-Regierungsräte vom Kaliber eines Wessels und einer Herzog privatwirtschaftlich anstellen würde.

Oder aber sie denkt, alt SP-Regierungsräte hätten einen Zustupf von 65 Prozent des ehemaligen Gehaltes, also rund 170 000 Franken im Jahr jahrelang verdient, weil sie jahrelang so selbstlos so viel Gutes zum Gedeihen dieser Stadt beigetragen haben; all die Veloständer und Fahrverbote und tollen neuen Stellen in der Verwaltung inklusive. All das unökologische Leben, das sie erfolgreich verbannt haben. Spielt dabei auch keine Rolle, dass es der Stadt nicht wegen der SP-Regierungsräte, sondern trotz ihnen so gut geht. Weil zwei Pharmariesen 700 Millionen an Steuern bezahlen und die Bürger der Stadt mit schweizerischen Höchststeuersätzen beglückt werden. Dafür kann man sich schon mal selbst belohnen und es sich etwas lassen. Geld spielt ja keine Rolle.

Nachricht

Spezialsprechstunde bei Netzhauterkrankungen

**Basel.** Die Augenklinik des Universitätsklinikums Basel und die Patientenorganisation Retina Suisse spannen zusammen. Als Novum in der deutschsprachigen Schweiz offerieren sie gemeinsam eine Spezialsprechstunde für Patientinnen und Patienten mit Netzhauterkrankungen, heisst es in einer Mitteilung. Ebenso erstmalig für die Deutschschweiz sei, dass die Augenklinik des Universitätsklinikums Basel bei erblich bedingten Netzhauterkrankungen als neue Behandlungsmöglichkeit die transkorneale Elektrostimulation anbietet.